Clausewitz und der Balkankonflikt

Autor(en): **Millotat, Christian E.O.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **174 (2008)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-71517

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

CLAUSEWITZ UND DER BALKANKONFLIKT

Internationale Akteure auf dem Balkan im Lichte von Clausewitz und Folgerungen für heutige Streitkräfte

Goethe hat einmal gesagt: «Nur wer klare Begriffe hat, kann auch führen.» Klare Begriffe im Sinne von Kriterien und Messgrössen für Lektionen und Leitlinien zu finden, welche die für das Anordnen, Planen und Führen verantwortlichen Politiker und Soldaten zur erfolgreichen Führung von bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen benötigen, ist schwierig.

Christian E. O. Millotat

Generalmajor a.D. der Bundeswehr, M.A. U.S. Army War College, Sicherheitsbeauftragter der OSZE in Bosnien und Herzegowina 2006/2007. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft, Mitglied des Beirates, Hauptstrasse 51, D-55270 Jugenheim, Deutschland. coemillotat@t-online.de

Wie oft ist in Deutschland von politisch und militärisch Verantwortlichen verbreitet worden, die Soldaten der Bundeswehr seien in Friedensmissionen deshalb erfolgreicher als Soldaten anderer Armeen, weil sie auf die Menschen in den Einsatzgebieten positiv und besonders geschickt zugingen und deshalb besonders beliebt seien. Solche Bewertungen sind arrogant, unzutreffend und für unsere Bündnispartner diskriminierend.

«Es ist auch behauptet worden, diese Erfolge seien darauf zurückzuführen, dass Deutschland eine Wehrpflichtarmee habe.»

Auch die Soldaten anderer, von ihrer eigenen spezifischen Militärkultur geprägten Streitkräfte sind in solchen Einsätzen erfolgreich, und der im militärischen Bereich bislang ungebräuchliche Begriff der «Beliebtheit» der politischen «Stimmungsbarometer» wird als Messgrösse für den Erfolg deutscher Soldaten im Einsatz herangezogen. Es ist auch behauptet worden, diese Erfolge seien darauf zurückzuführen, dass Deutschland eine Wehrpflichtarmee habe. Viele Politiker und Offiziere vertraten bis zu den Unruhen im Kosovo im Frühjahr 2004 solche Auffassungen, wo plötzlich die bisher so hoch gepriesenen deutschen Soldaten als «Hasen vom Amselfeld» in der Presse verspottet wurden. Die Gründe dieses militärischen Versagens wurden in der Öffentlichkeit mit dem Hinweis verharmlost, sie hätten weder über Pfefferspray, noch eine zureichende Ausrüstung verfügt. Das Wirken deutscher Soldaten in Afghanistan wurde ähnlich bewertet, bis dort tödliche Attentate auf sie verübt wurden.

Diese Bewertungsversuche haben Züge eines im heutigen Deutschland häufig zu beobachtenden autosuggestiven Verhaltens von Politikern, wenn sie sich einreden, Wahlen gewonnen zu haben, obwohl dies unzutreffend ist. Wunschdenken, Selbstüberschätzung und Autosuggestion bei der Bewertung der Leistungen deutscher Soldaten im Einsatz führen jedoch in die Irre.

Die Axiome des Generalmajors Carl von Clausewitz bieten bessere Werkzeuge für eine sachgerechte Analyse von bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen, ihre Planung und Führung. Politiker, Soldaten und Meinungsträger von heute garnieren ihre Reden gerne mit zusammenhanglosen Fragmenten aus seinem Werk, vielleicht um gebildet zu erscheinen oder um angeblich überholte Auffassungen des Generals zu widerlegen. Dies ist wenig erhellend, vor allem wenn es bruchstückhaft geschieht, wenn unzutreffende Aussagen vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, von Friktionen, Ziel-, Mittel- und Zweckrelationen oder wenn Zitate aus seinem Werk «Vom Kriege» in der Sprache des 19. Jahrhunderts und das Nutzen von Beispielen aus seiner Zeit zum Analysieren heutiger Einsätze verwendet werden. Hierzu müssen andere Wege beschritten werden.

Nach ihrer Niederlage in Vietnam haben die Amerikaner, ausgelöst durch den «Goldwater-Nichols Department of Defense Reorganization Act» von 1986 und in vielfältiger Anknüpfung an Clausewitzens Auffassungen vom Verhältnis von Politik und Militär, ihre politisch-strategischen, militärstrategischen und operativen Entscheidungs- und Führungsebenen neu verknüpft. Sie haben ferner ihre Kompetenzen und ihr Zusammenwirken effizient geordnet. In diesem Zusammenhang wurde die Position eines einflussreichen höchsten Soldaten, des «Chairman of the Joint Chiefs of Staff», als erstem militärischen Berater des amerikanischen Präsidenten geschaffen. Davor war er nur eine Art «Primus inter pares» im Kreise der Chefs der Teilstreitkräfte. Er erhielt einen Stab, der in der Lage ist, ihn und die politisch-strategische Führung bei ihren Entscheidungsprozessen und Planungen zu beraten. Im Krieg gegen Saddam Hussein von 1990/91 bewährte sich diese neue Struktur und Aufgabenverteilung glänzend. Hinzu kam die Sitte, dass der amerikanische Präsident in Abständen die von ihm gebilligte Nationale- oder Grosse Strategie der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht. Dies

war möglich, weil Clausewitz-Forscher wie Sir Michael Howard und Peter Paret sowie viele andere «Vom Kriege» in modernes Englisch übertragen und in die Lehre der höheren und hohen militärischen und diplomatischen Ausbildungseinrichtungen der USA einzubringen vermocht hatten. In Israel verschafften Wissenschaftler wie Jehuda Wallach und Martin van Creveld, in Frankreich Raymond Aaron Clausewitz einen ähnlich hohen Rang bei der Ausbildung von diplomatischen und militärischen Führungskräften.

«Es gibt noch immer keine Nationale oder Grosse Strategie.»

In Deutschland ist ein solcher Prozess noch nicht erfolgt, und es gibt noch immer keine Nationale oder Grosse Strategie, die das gesamte Spektrum der äusseren und inneren Sicherheit umfasst und über die Ressortgebundenheit des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amtes hinausgeht und in der die vitalen Interessen des Landes definiert sind.

Für die meisten Politiker, Soldaten und Meinungsträger Deutschlands verkümmerte Clausewitz zu einem Zitatensteinbruch, und man hat es unterlassen, sein Werk «Vom Kriege» aus dem Nebel zu holen, der es durch die Apostrophierung als «Philosophie vom Kriege» verhüllt. Auch der sicher bedeutendste Clausewitz-Forscher, Professor Werner Hahlweg, hat sich der Aufgabe entzogen, die Axiome des Generals für die im Bereich von Politik und Militär praktisch Handelnden in unsere Zeit zu übertragen und für ihre Arbeit schmackhaft zu machen. Stattdessen interpretierten er und seine Schüler das «Philosophische» an Clausewitz mittels der Gedanken von Denkern des 19. Jahrhunderts wie Hegel und Kiesewetter, die nur ganz wenigen Deutschen unserer Zeit noch etwas sagen. Hätten die deutschen Clausewitz-Interpreten, wie es die Amerikaner gemacht haben, « Vom Kriege» ganz einfach als Analyse von Krieg und Politik gekennzeichnet und wären seine Axiome für die Bedingungen in unserer Zeit sowie in modernes Deutsch übersetzt worden, hätten viele Fehler bei den Planungen der gegenwärtigen Friedensmissionen und ihrer Führung vermieden werden können, weil sie zutreffender als geschehen zu analysieren gewesen wären.

Am Beispiel der Friedensmissionen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina soll exemplarisch gezeigt werden, wie man mit Axiomen von Clausewitz Erkenntnis fördernd arbeiten kann. Die Analyse dieser beiden Friedensmissionen gründet auf folgenden Axiomen des Generals:

> Erstens: Die Politik behält in bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen immer die Führung. Vor Abschluss eines von einer internationalen Koalition geführten bewaffneten Konflikts oder einer Friedensmission muss die politisch-strategische Ebene, d.h. die Vereinten Nationen, die Nato, die Europäische Union und/ oder andere internationale Organisationen im Konsens mit den am jeweiligen Einsatz beteiligten Nationen bereits bei der Planung des militärischen Teils des Einsatzes, dem der politische und wirtschaftliche Aufbau folgt, den angestrebten Friedenszustand definieren. Sie wird dabei durch die verantwortlichen höchsten Soldaten beraten. Sie entwickelt hierzu zusammen mit diesen Soldaten einen den gesamten Einsatz umfassenden strategischen Plan, der von den nach geordneten Führungsebenen umgesetzt werden muss und diesen Verhaltenssicherheit bietet. Die politisch-strategische Führung vermeidet weitestgehend, über Führungsebenen hinweg in die Durchführung von Einsätzen einzugreifen.

[1]

«Im Kriege versagten Nurpraktiker ebenso wie blosse Theoretiker.»

Dies ist aus Clausewitzens Auffassung abzuleiten, dass Streitkräfte nur das Mittel der Politik seien, um den Zweck eines Krieges, den Sieg, zu erringen, und dass der Sieg nur ein Mittel sein könne, den endgültigen Zweck der Strategie, den Frieden, zu erreichen[1]. Die Politik, ihr erster Rang und ihre Vorgaben – Clausewitz nennt dies «Lineamente» – blieben immer bestimmend. Feldwachen sollten aber nie nach politischen Rücksichten und Gesichtspunkten aufgestellt werden. Der Feldherr, der jeweils höchste Soldat, müsse in das Kabinett, zu seiner Zeit das höchste Entscheidungs- und Führungsgremium der politisch-strategischen Ebene, zur Beratung und Entscheidungsvorbereitung als Mitglied eingebunden werden, die Kriegsleitung aber immer in einer Hand liegen.

---

[1] Die dargestellten Axiome von Clausewitz gründen vor allem auf dem I., II, III. und VIII. Buch seines Werkes «Vom Kriege», 18. Auflage, Bonn 1973, und auf Werner Hahlwegs Aufsatz «Carl von Clausewitz 1770–1831», in: Genius der Deutschen, Die grossen Staatsmänner/Herrscher/Feldherren, Propyläen Verlag 1966, S. 410–424.

Im II. Buch S. 293, «Zwecke und Mittel der Strategie», sagt Clausewitz zum Frieden: «Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zu Frieden führen sollen, als Zweck ...» An vielen anderen Stellen wiederholt er diese Gedanken, vor allem im I. Buch im zweiten Kapitel, S. 203 und S. 205. Es ist weitgehend unbekannt, dass Clausewitz den Frieden als Zweck der Strategie herbeiführen will.

[1] Ein Bild von Carl von Clausewitz (1780–1831), preussischer Offizier, Generalmajor und Kriegstheoretiker. Autor des erst nach seinem Tode herausgegebenen und viel beachteten Werkes «Vom Kriege».

> Zweitens: Die Durchführung eines bewaffneten Konflikts oder einer Friedensmission muss ständig von der Lage im jeweiligen Einsatzgebiet beeinflusst werden. Wenn es sich als notwendig erweist, sind Planungen und Weisungen der politisch-strategischen Ebene der tatsächlichen Lage anzupassen und die Triade Ziel-, Zweck und Mittel muss neu austariert werden. Immer aber lenkt die politisch-strategische Zielsetzung die Durchführung eines Einsatzes. Dies ist aus Clausewitzens Auffassung abzuleiten, im Krieg müsse die Theorie stets praktisch bleiben und dürfe sich nicht in Grübeleien, Spitzfindigkeiten und Hirngespinsten erschöpfen. Die Praxis müsse die Theorie laufend überprüfen und diese wiederum lenke die Praxis. Im Kriege versagten Nurpraktiker ebenso wie blosse Theoretiker.

> Drittens: Internationale Akteure in bewaffneten Konflikten und in Friedensmissionen, ob Politiker, Soldat, Diplomat, Polizist oder Angehöriger einer anderen in ihr eingebundenen Organisation, müssen mit den Grundproblemen und dem Wesen der Politik, des Militärs, der Wirtschaft und vor allem den jeweiligen Bedingungen im Einsatzgebiet vertraut sein. Ausserdem müssen sie geschult und gewillt sein, zusammenzuarbeiten, komplexe Sachverhalte gemeinsam zu analysieren, Lösungen gemeinsam zu entwickeln und, jeder nach seiner Kompetenz, ressort- und ebenengerecht zu handeln.

Dies ist aus Clausewitzens Forderung abzuleiten, dass im Kriege die verantwortlichen Politiker und Soldaten nur sachgerecht handeln könnten, wenn sie über eine Wesens- und Ortsbestimmung über ihn verfügten. Nur dann könnten sie richtige Entschlüsse fassen und nur dann werde mancher Faltenkniff in den Köpfen der Strategen und Staatsmänner auszubügeln sein, und es werde deutlich, um was es sich handle. Diese Kompetenz zur Gesamtschau erwachse aus der innigen Verbindung von bewusstem Erleben des eigenen Zeitalters, eigener Erfahrungen, der Erkenntnis der Militärwissenschaften, der Kriegsgeschichte und der Vertrautheit mit den Grundproblemen der Politik, der Ökonomie, der Kunstwissenschaften sowie des Beherrschen von Verfahren zur Analyse, die Clausewitz «die Beherrschung der philosophischen Systematik» nennt.

Das Durchleuchten der Friedensmission im Kosovo, die seit 1999 andauert, mit den Axiomen von Clausewitz führt zu folgenden Erkenntnissen:

In Übereinstimmung mit den Amerikanern und der Europäischen Union und gegen den Willen Russlands hat nach fast einem Jahrzehnt in vielen Bereichen erfolglosen Wirkens der dort tätigen internationalen Akteure 2008 das Kosovo seine Unabhängigkeit erklärt. Der neue Staat ist unter internationaler Aufsicht geblieben, seine Souveränitätsrechte bleiben von den Vereinten Nationen eingeschränkt. Es ist strittig, ob die Sezession des Kosovo von Serbien, dem Nachfolgestaat Jugoslawiens, vom Völkerrecht gedeckt ist. Auch ist offen, ob es rechtmässig war, um einer fortbestehenden Unterdrückung seiner Identität durch Serbien zu entgehen, die eintreten könnte, falls das Kosovo staatsrechtlich bei Serbien verbliebe. Die Realisierung des heiklen diplomatischen Kunstgriffs der Europäischen Union, nach der Unabhängigkeitserklärung die Anerkennungsfrage des Kosovo von der praktischen Stabilisierungs- und Hilfepolitik der Europäer zu trennen, wird schwierig sein. Die bisherige aus Elementen der Europäischen Union, der OSZE und den Vereinten Nationen zusammengesetzte «UNMIK-Administration» soll durch die 1800 Mann starke Polizei- und Rechtsstaatmission EULEX ergänzt und eines Tages abgelöst werden, was Russland derzeit ablehnt. Aus dem Haushalt der Europäischen Union sollen erhebliche finanzielle Mittel für den Aufbau zur Verfügung gestellt werden. Das wird dadurch erschwert, dass versäumt worden ist, das weiterhin gültige strategische Weisungsdokument des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die gesamte Friedensmission, die Resolution 1244 vom Juni 1999, den politischen Entwicklungen auf dem Balkan anzupassen[2]. Das wäre clausewitzisch gewesen.

In der den Einsatz der von der Nato geführten Kosovo Force (KFOR) und der «UNMIK-Administration» regelnden Resolution 1244 ist – entgegen Clausewitzens Forderung – das mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu erreichende politische Ziel nicht definiert worden. Vielmehr wird in ihr ein «internationaler Prozess» gefordert, um den endgültigen Status des Kosovo zu bestimmen. Erst 2006, im siebten Jahr der Friedensmission, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen solchen Prozess in die Wege geleitet. Der Plan seines Sonderrepräsentanten Martti Ahtisaari von 2007, dem Kosovo eine «überwachte», d.h. eingeschränkte Unabhängigkeit zu gewähren, ist am Widerspruch Russlands und Serbiens gescheitert.

Wenn wir Clausewitzens Axiome auf die Verhältnisse im Kosovo übertragen, müsste das politische Ziel der internationalen Intervention sein, einen Sieg zu erringen, d.h. das Kosovo zu befrieden und durch einen politischen sowie wirtschaftlichen Aufbau dort Frieden zu schaffen. Dies ist den Akteuren der internationalen Gemeinschaft trotz vielfältiger Bemühungen jahrelang nicht gelungen. Unmittelbar nach deren Intervention, als das frühere Jugoslawien politisch und militärisch nur eingeschränkt handlungsfähig war, wäre es leichter gewesen, das politische Ziel, zum Beispiel Frieden durch Unabhängigkeit zu schaffen, durchzusetzen.

«Wenn wir Clausewitzens Axiome auf die Verhältnisse im Kosovo übertragen, müsste das politische Ziel der internationalen Intervention sein, einen Sieg zu erringen, d.h. das Kosovo zu befrieden und durch einen politischen sowie wirtschaftlichen Aufbau dort Frieden zu schaffen.»

Noch gewichtiger für die nicht gelösten Probleme des Kosovo in den Jahren der Friedensmission ist wahrscheinlich die Regelung, dass die Resolution 1244 zwei gleichberechtigte Parallelstränge für internationales Handeln geschaffen hat, die KFOR unter Führung eines Generals aus einem NATO-Land und die «UNMIK-Administration» unter einem Sonderrepräsentanten des Generalssekretärs der Vereinten Nationen als ihr Leiter. Ein solches «Zweischlüsselprinzip» hat Nachteile. Beide Säulen der internationalen, im Lande die Macht ausübenden Organisationen sind gleichberechtigt und wurden lediglich auf Zusammenarbeit angewiesen. Die Führung der Friedensmission ist damit nicht – wie es Clausewitz fordert – in einer Hand vereint worden.

Auch fehlt in der Resolution 1244 eine Weisung zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo nach seiner militärischen Besetzung. Sie ermangelt damit wichtiger Elemente eines strategi-

schen Gesamteinsatzplanes der politisch-strategischen Ebene. Das hatte verheerende Auswirkungen:

Die Kommandeure der KFOR erhielten keinerlei Richtlinien und Weisungen, wie sie beim Aufbau des Kosovo eng verzahnt mit der «UNMIK-Administration» und den etwa 400 dort aktiven Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten sollten. Soldaten sind dazu erzogen – das ist ein Axiom der deutschen Militärkultur – in solchen Fällen die Initiative zu ergreifen, weil Nichthandeln schwerer lastet als ein Fehlgriff in der Wahl der Mittel oder im Handeln. Ihre spontanen und vielfältigen Aufbauaktivitäten wurden aber aufgrund der unzulänglichen Weisungslage zunächst so gut wie nicht vom Hauptquartier der KFOR und von der «UNMIK-Administration» orchestriert. Die Kommandeure der Multinationalen Brigaden gingen zu Beginn der Friedensmission eigene Wege, arbeiteten unterschiedlich intensiv mit den anderen internationalen Akteuren zusammen und meldeten Aufbauerfolge nach Hause. Dort wurde die unzureichende Weisungslage der Resolution 1244 nicht erkannt und viel Geld bereitgestellt, das in mafiösen Kanälen versickerte. Auch skurrile Aufbauprojekte der Truppe wurden als Erfolg gewürdigt. Als 2002 das Hauptquartier der KFOR daran ging, diese zu orchestrieren und die unsinnigsten Projekte einzustellen, ist dieses Vorgehen auch in Deutschland zunächst auf Widerstand gestossen.

Das Fehlen von Weisungen der Vereinten Nationen für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo hatte auch zur Folge, dass sich die multinationalen Brigaden bei Beginn der Friedensmission zu regelrechten «Königreichen» entwickelten. Ihre Kommandeure wirkten unkoordiniert mit Politikern, Meinungsträgern, Kirchenführern und dem neuen «Kosovo Protection Corps», der früheren «UCK», zusammen. Mancher Brigadekommandeur schob gerne «National Caviats», nationale Einschränkungen, vor, wenn er wegen Bedenken nationaler Stellen oder aus Unlust die Befehle des Kommandeurs der KFOR im Rahmen von dessen Befugnissen nicht ausführen wollte. Oder er empfing Besucher aus dem eigenen Land, die im Hauptquartier der KFOR nicht angemeldet wurden und daher dort nicht in die leitenden Gesichtspunkte und Entwicklungen der Friedensmission eingewiesen werden konnten. Das hatte zur Folge, dass in einigen Ländern all zu oft ein unzutreffendes Bild über die Lage im Einsatzgebiet und die Absichten des Kommandeurs der KFOR entstand.

Wegen der unzulänglichen Weisungslage der Resolution 1244 hatten weder die KFOR noch die «UNMIK-Administration» eine Handhabe, das Wirken der etwa 400 Nichtregierungsorganisationen, die kamen und gingen, wie es ihnen gefiel, in die politische und wirtschaftliche Aufbauarbeit einzubinden. Nur das Rote Kreuz arbeitete mit der KFOR und der «UNMIK-Administration» von Anfang an vorbildlich zusammen.

Auch ist es nicht gelungen, Aktivitäten der im Kosovo vor der Unabhängigkeitserklärung als Vertreter ihrer Botschaften in Belgrad als Geschäftsträger eingesetzten Diplomaten aus Deutschland, Italien, Grossbritannien, Italien, Frankreich und den USA in die gemeinsame Aufbauarbeit einzubinden. Mancher dieser Geschäftsträger gerierte sich als «Vollbotschafter», knüpfte bilaterale Kontakte mit Politikern und Leistungsträgern, machte vollmundige Versprechungen über das wirtschaftliche Engagement seines Landes und war nicht bereit, Rat bei der «UNMIK-Administration» und der KFOR zu suchen. Auch waren deren Beurteilungen der Lage nicht gefragt und schon gar nicht, Weisungen zu befolgen, die beide Organisationen auf der Grundlage ihrer Mandate erteilten.

[2]

[3]

Eine Strategie für die gesamte Friedensmission hätte auch vorgeben müssen, wie durch Gewinnen einflussreicher Meinungsträger eine «Offensive der Versöhnung» zwischen den Feinden von gestern erreicht werden sollte. Ein vernetzter Ansatz in den Bereichen der Sicherheit und des politischen sowie wirtschaftlichen Aufbaus wäre dort sicher früher erreicht worden, wenn zivile, für leitende Positionen in der «UNMIK-Administration» vorgesehene internationale Experten bereits im Stab des ersten Kommandeurs der KFOR eingebunden gewesen wären. Aber die zivile Verwaltung wurde erst nach Abschluss der militärischen Besetzung von Personen aufgebaut, die nicht von Anfang an dabei gewesen waren, und kein Interesse hatten, von den militärischen Akteuren der ersten Stunde zu lernen, die von ihnen eingeleiteten Aufbau Massnahmen aufzugreifen und systematisch fortzuführen. Einige ihrer Vertreter waren auch erkennbar militärunfreundlich und die meisten ihrer Mitarbeiter mit militärischen Einsatzgrundsätzen und den Entscheidungs- und Führungsverfahren der Soldaten nicht vertraut, was Clausewitz ausdrücklich gefordert hat. Sie betrachteten die KFOR als eine Art Selbstbedienungsladen der «UNMIK-Administration»

[2] Vgl. Resolution 1244 (1999), Adopted by the Security Council at its 4011th meeting, on 10 June 1999.

[2] Das Camp Casablanca der Schweizer Armee im Kosovo im Jahre 2003. Foto: Kürsener.
[3] Für SFOR Einheiten in Bosnien bestimmte Güter werden auf dem Militärflugplatz von Taszar in Ungarn in ein Transportflugzeug geladen. Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1998. Official NATO Photo.

für Polizeiaufgaben, bei technischen Pannen und bei der Krankenversorgung. Dies auch, nachdem eine Aufgabenabgrenzung und Definition von Überlappungsbereichen vorgenommen worden war.

Auch aus diesen Gründen wird die «UNMIK-Administration» bis heute von der Bevölkerung des Kosovo als ein ihr oktroyierter Fremdkörper empfunden, wo man als Putzhilfe und Dolmetscher mehr Geld verdienen kann als anderswo im Lande. Ihre aus fähigen Mitarbeitern, aber auch aus vielen Abenteurern, «Mission Junkies», zusammengesetzten Hauptabteilungen suchten keinen Dialog mit den Politikern, den Vertretern der drei Religionsgemeinschaften und den Leistungsträgern des Kosovo, um deren Auffassungen zur Zukunft und zum Aufbau ihrer Heimat kennen zu lernen, auf sie zu hören und sie einzubinden.

«Dies führte vor allem dazu, dass die internationalen Akteure nie die Herzen der Bevölkerung gewinnen konnten.»

Dieses Verhalten hatte handwerkliche Pannen, Verzögerungen sowie Irrwege beim Aufbau des Kosovo zur Folge. Dies führte vor allem dazu, dass die internationalen Akteure nie die Herzen der Bevölkerung gewinnen konnten. Das Fehlen einer alle notwendigen Komponenten umfassenden Einsatzstrategie des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hat trotz erfolgreicher Wahlen, einer Regierungsbildung, des Schaffens eines Grundgesetzrahmens und neuen Rechtes, der Verbesserung des Bildungswesens und des Aufbaus einer Polizeitruppe verhindert, dass vor allem ältere Bewohner den blutigen Ereignissen der Geschichte des Landes abgeschworen und ein neues Selbstverständnis mit europäischer Perspektive entwickelt haben, in dem Hass und auf Gewalt gründende Ereignisse der Vergangenheit keinen Platz mehr haben.

Eine auf den Axiomen von Clausewitz gründende, die politischen und wirtschaftlichen Komponenten umfassende Einsatzstrategie für das Kosovo hätte auch die vielfach als diplomatische und politische «Unterbringungsfälle» zu charakterisierenden Sonderrepräsentanten des Generalssekretärs der Vereinten Nationen in die Pflicht genommen. Diese gingen in den meisten Fällen ohne Rücksichtnahme auf das Wirken ihrer Vorgänger eigene Wege. Eine kontinuierlichere Aufbauarbeit konnte so kaum erreicht werden.

In Bosnien und Herzegowina sind viele Entwicklungen ähnlich wie im Kosovo verlaufen. Auch sie sollen mit Axiomen von Clausewitz durchleuchtet werden. Dort ist das Friedensabkommen von Dayton von 1995 der strategische Gesamteinsatzplan und die Rechtsgrundlage für das Miteinander der internationalen Akteure, ihre Kompetenzen und den Aufbau des Landes[3]. Aber auch dieses Friedensabkommen schafft, im Gegensatz zu der Forderung von Clausewitz, gleichberechtigte internationale Machtstränge im Lande, nämlich:

> die Stabilisierungstruppe, die aus der zur Sicherung des Abzugs der erfolglosen Blauhelmsoldaten in Bosnien und Herzegowina eingesetzten Nato-Implementierungstruppe (IFOR) entstand, zur von der Nato geführten SFOR und schliesslich zur von der Europäischen Union geführten EUFOR wurde,

> den Hohen Repräsentanten mit seinem Stab, dem «Office of the High Representative (OHR)».

Die SFOR wurde mit der Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds im Lande betraut, der Hohe Repräsentant mit dem zivilen Aufbau.

> Schliesslich die OSZE mit dem Mandat, die Rüstungskontrolle zu leiten und den Aufbau parlamentarischer Strukturen zu unterstützen.

Beim Nato-Gipfel von 2004 in Istanbul – es war bereits entschieden, dass die SFOR zur EUFOR werden sollte – wurde entschieden, in Sarajewo ein verkleinertes Nato-Hauptquartier für das Mitwirken an der Aufstellung der neuen Armee des Landes zu belassen. Damit entstand ein weiterer gewichtiger internationaler Akteur, der am Aufbau mitgestalten wollte.

Das Friedensabkommen von Dayton wurde wie ein Netz über ein Land gelegt, in dem seit langem Botschafter und von ihnen eingesetzte und unterstützte Organisationen wirken. So bauen zum Beispiel seit langem Mitarbeiter des amerikanischen, dem US Botschafter und dem US European Command in Stuttgart (USEUCOM) unterstehenden «Military Resources International Assistance Programme (MPRI)» das neue Verteidigungsministerium auf. Das Team steht unter der Leitung eines Generals und wird von Offizieren des hierfür verantwortlichen Nato-Hauptquartiers Sarajevo und der OSZE unterstützt. Die Vertreter des «UN Development Programme (UNDP)» in Sarajevo wurden mit der technischen Vernichtung von Waffen, Munition und Militärgerät betraut, und die «International Organization of Migration (IOM)», eine Nichtregierungsorganisation, bereitet mit den Mitteln eines 2006 gegründeten «Nato Trust Fund» überzählige Soldaten für eine zivilberufliche Tätigkeit vor. Die Botschafter in Sarajevo initiierten vielfältige bilaterale Kontakte und Projekte zwischen Vertretern des Landes und ihrer Nationen. Das trifft auch für den militärischen Bereich zu, und es ist häufig zu unnötigen Überlappungen mit den Arbeitsfeldern der internationalen verantwortlichen Akteure beim Aufbau der neuen Armee gekommen.

In der Anlage 10 des Friedensabkommens von Dayton sind die Verfahren der Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Beauftragten und seinem Stab mit der Stabilisierungstruppe und der OSZE geregelt worden. Ihre Verklammerung ist wie im Kosovo schwach. Sie umfasst die Aufforderung zum Informationsaustausch, zur Verbindung, zu gemeinsamen Sitzungen und regt an, beim Hohen Repräsentanten politischen Rat einzuholen. Das auf dieser Grundlage von diesem geschaffene und geleitete «Board of Principles» der Chefs der hauptsächlichen internationalen Organisationen im Lande ist jedoch nie zu einem effizienten Arbeitsapparat geworden.

Das vorgesetzte Gremium des Hohen Repräsentanten ist ein aus 55 Nationen zusammengesetzter Friedensimplementierungsrat («Peace Support Implementation Council»), der sich eines «Peace Support Implementation Board» als Exekutivorgan auf der Aussenministerebene bedient, das sich aus Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, Russlands, der USA, der Europäischen Kommission, des Präsidiums der Europäischen Union und der von der Türkei vertretenen Islamischen Konferenz zusammensetzt. Der Hohe Repräsentant trifft sich wöchentlich mit den Botschaftern dieses Gremiums zur Abstimmung.

«Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Qualifizierung und das Rüstzeug internationaler Spitzenvertreter für Friedensmissionen ausreichend in hohen nationalen politischen oder diplomatischen Positionen erworben werden können.»

Diese verwirrenden und komplizierten Regelungen behindern noch immer eine gebündelte und zielgerichtete Aufbauarbeit der internationalen Akteure in Bosnien und Herzegowina. Die Hohen Beauftragten hätten auf der Grundlage des Friedensabkommens von Dayton einen Operationsplan für die gesamte Friedensmission in enger Abstimmung mit der Stabilisierungstruppe und den anderen im Lande tätigen internationalen Organisationen entwickeln müssen. Dies versäumt zu haben, ist wahrscheinlich ihre folgenreichste Unterlassung. Hinzu kommt, dass sich wie im Kosovo auch in Bosnien und Herzegowina die Prioritäten und Arbeitsweisen aller Hohen Beauftragten sehr unterschieden, was einer kontinuierlichen, nach grossen Linien bruchlos vorgehenden Aufbauarbeit abträglich war. Wo der eine Entscheidungen lieber aufzwang, suchte der andere den Kompromiss, und die Aufbauarbeit erfolgte überwiegend nach intuitiven Führungs- und Entscheidungsprozessen im Sinne des spanischen Sprichworts: «Es gibt keine Strassen, sie entstehen beim Gehen.» So benutzten die Hohen Repräsentanten die sogenannten Bonn Powers unterschiedlich intensiv. Diese hatte der Friedensimplementierungsrat 1997 zu ihrer Stärkung als Disziplinierungs- und Zuchtmittel zum Durchsetzen der Regelungen des Friedensabkommens von Dayton in der früheren deutschen Bundeshauptstadt beschlossen.

Es wirkte sich auch negativ aus, dass viele Hohe Beauftragte und ihre Mitarbeiter die kulturellen Prägungen ihres Umfelds kaum berücksichtigten und für ihre Arbeit zu wenig nutzten. Auch fehlten ihnen vielfach die Kenntnis über die professionellen Prägungen ihrer aus unterschiedlichen Kulturen stammenden Mitarbeiter. Das hat immer wieder zu regelrechten «clashes of civilizations» geführt, wie sie Samuel Huntington genannt hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Qualifizierung und das Rüstzeug internationaler Spitzenvertreter für Friedensmissionen ausreichend in hohen nationalen politischen oder diplomatischen Positionen erworben werden können. Nur der Hohe Beauftragte Lord Paddy Ashdown, der dieses Amt von 2002 bis 2006 inne hatte, verstand als früherer Berufsoffizier offensichtlich die militärische Sphäre, was Clausewitz ausdrücklich gefordert hat. Diesem Sachverhalt ist die erfolgreiche Militärreform des Landes zu verdanken, die der Lord initiiert hat.

Viele Pannen der Friedensmission in Bosnien und Herzegowina, wie die vielen Wahlen, eine missglückte Verfassungsreform, illegale Verkäufe von Rüstungsgütern oder ein viel zu spätes Anpacken der Vernichtung überzähliger Waffen, von Munition und Militärgerät sind auch auf diese unterschiedlichen Prägungen der internationalen Akteure zurückzuführen. Vor allem ist es beim Aufbau des Landes immer wieder zu Friktionen zwischen Europäern und Amerikanern gekommen, die sich aus unterschiedlichen Denkansätzen und auch Missverständnissen ergaben. Sie hätten nur durch hoch befähigte, brilliant geschulte Hohe Repräsentanten ausgeglichen

[4]

[5]

[3] Vgl. The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, Initialled in Dayton on 21 November 1995 and signed in Paris on 14 December 1995.

[4] Die Aufnahme vom August 1996 zeigt eine von italienischen Truppen bewachte bosnisch-serbische Strassensperre der IFOR (Checkpoint), die das Abkommen von Dayton durchsetzt. Official NATO Photo.

[5] Eine mit Piranha ausgerüstete Infanterie-Einheit der Schweizer Armee (SWISSCOY) rückt aus dem Lager Camp Casablanca zu einer Einsatzfahrt im Rahmen der KFOR aus. Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 2003. Foto: Kürsener.

[6]

werden können. Dies wurde unterlassen, die aufgetretenen «Clashes of Civilizations» sind nie harmonisiert worden. Das hat häufig ein unkoordiniertes Nebeneinanderherarbeiten der internationalen Akteure und Organisationen sowie ein ständiges Überschreiten ihrer Mandate geradezu gefördert. Das Versäumnis, einen Operationsplan auf der Grundlage des Friedensabkommens von Dayton zu entwickeln, hatte fatale Folgen und verzögerte den politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes.

«Alle Komponenten des Einsatzes hätten für das Kosovo in einem strategischen Gesamteinsatzplan festgelegt werden müssen.»

In Friedensmissionen folgt den militärischen Operationen der politische und wirtschaftliche Aufbau. Alle Komponenten des Einsatzes hätten für das Kosovo in einem strategischen Gesamteinsatzplan festgelegt werden müssen. In Bosnien und Herzegowina hätte das strategische Weisungsdokument, das Friedensabkommen von Dayton, in einen Operationsplan mit allen Komponenten für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau umgesetzt werden müssen. In beiden Friedensmissionen ist früh deutlich geworden, dass es eines Konzeptes bedarf, das die militärischen und zivilen Komponenten der dort wirkenden Organisationen vernetzt. Dies macht erforderlich, dass die zivilen Akteure in einem Einsatzgebiet in eine Gesamtstrategie eingebunden werden, und zwar von Anfang an. Diese Erkenntnis erfordert ein vollständiges Umdenken von Akteuren, die sich bislang der Einbindung in militärische Strukturen oder des Schaffens ähnlicher Aufbauorganisationen und Verfahren der Entscheidungsfindung und Führung verschlossen haben. In der Nato und bei anderen Bündnispartnern werden solche Ansätze eines «Comprehensive Approach» ebenso untersucht wie in Deutschland.

Im Frühjahr 2008 hat unter Federführung des früheren «Chairman of the Military Committee» der Nato, General a.D. Klaus Naumann, eine Gruppe früherer höchster Soldaten ihrer Länder ein Konzept vorgelegt. Dieses zielt darauf ab, dass die Nationen, die sich an einem bewaffneten Konflikt oder an einer Friedensmission beteiligen, zusammen mit dem «Military Committee» der Nato oder dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der Europäischen Union, seinem Pendant, eine den ganzen jeweiligen Einsatz abdeckende Strategie entwickeln sollten[4]. Bei den bisherigen Einsätzen haben sich die beteiligten Nationen in der Regel darauf beschränkt, einen Operationsplan der Nato oder der Europäischen Union zu kommentieren. Der schöpferische Prozess einer gemeinsamen Entwicklung einer wirklichen Strategie hat nie stattgefunden. Diese Aufgabe läge bei der Realisierung dieses Vorschlags der Generale fortan in den Händen der höchsten Gremien der Bündnisse. Sie würden zu handlungsfähigen politisch-strategischen Führungsorganisationen, die über ihre Kommandostrukturen zukünftige Einsätze im Clausewitz'schen Sinne führen könnten. Nationale Vorbehalte würden nicht mehr störend wie bisher in eine internationale Truppe hineinwirken. Die strategischen Weisungen würden zudem besser als bisher militärische mit zivilen, in Einsätze eingebundene Organisationen vernetzen. Dies würde in Einsätzen zu einer erneuerten NATO sowie einer militärisch handlungsfähigen Europäischen Union mit einem mit den Streitkräften verzahnten politisch-zivilen Handlungsstrang führen. Dieser neue Ansatz würde jedoch beispielsweise vom Deutschen Bundestag ein anderes Verhalten als bisher beim Billigen und Nachsteuern von Einsätzen der deutschen Parlamentsarmee erfordern.

Es ist gezeigt worden, dass Axiome von Clausewitz, wenn man sie für die Bedingungen in unserer Zeit übersetzt, vorzügliche Werkzeuge zur Analyse von Einsätzen anbieten und Erkenntnisse über Erfolge, Defizite und Wege in die Zukunft anbieten. Wie kein anderer Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg hat Professor Werner Hahlweg Clausewitzens Werk wissenschaftlich erforscht, neu interpretiert und die Wurzeln seines Denkens aus einem Gestrüpp von falschen Deutungen befreit. Auch wenn er den General in der akademischen Sphäre festhielt, hat er weit über Deutschland hinaus die französische, israelische und angelsächsische Geisteswelt mit seinen Arbeiten beeinflusst und inspiriert. Raymond Aaron in Frankreich, Jehuda Wallach und Martin van Creveld in Israel sowie Sir Michael Howard und Peter Paret in Grossbritannien und in den USA – es sei hier wiederholt – haben Clausewitzens Werk auf der Grundlage der Arbeiten Hahlwegs nicht nur für ihre Kollegen aus der Wissenschaft genutzt und weiter erforscht. Sie haben es auch vielfältig und tiefgreifend in die Lehre der militärischen und diplomatischen hohen Ausbildungsstätten eingebracht und für die Sphäre praktisch handelnder Politiker, Diplomaten und Soldaten übersetzt und zugänglich gemacht. In ihren Ländern besetzt Clausewitz einen prominenten Platz als Deuter politischer und militärischer Vorgänge, bei der Planung von Einsätzen und beim Steuern ihrer Durchführung. In Deutschland ist ihm ein solcher Rang noch nicht eingeräumt worden. Hierfür gibt es spezifisch deutsche Gründe und Erklärungen.

Clausewitz hat in seinem Werk «Vom Kriege», das von seiner Frau 1832 bis 1834 herausgegeben wurde, keine Betrachtung des Krieges nach moralischen und ethischen Kategorien schaffen wollen, auch keine Formelsammlung oder ein Rezeptbuch für technisch-handwerkliches Handeln von Soldaten und Politikern im Krieg. Vielmehr hat er die konkreten Bedingtheiten seines Instrumentalcharakters aufgezeigt, um, es sei wiederholt, «manchen Faltenkniff in den Köpfen der Strategen und Staatsmänner auszubügeln und wenigstens überall zu zeigen, worum es sich handelt, und was bei einem Kriege eigentlich in Betracht zu ziehen ist.» Zu den bleibenden Gedanken seines Werkes gehören sicherlich seine Erkenntnisse über die Natur (Arten) des Krieges, das Verhältnis von Politik und Krieg, die moralischen Grössen, das Wesen und die praktische Bedeutung der Theorie, die Rolle der Imponderabilien (Friktionen), das Verhältnis von Zweck, Ziel und Mittel sowie die Wechselwirkung von Verteidigung und Angriff.

«Eine solche moralisch-ethisch durchtränkte Annäherung an sein Werk unter dem Schatten des Zweiten Weltkrieges verstellt den Blick für seine zeitlos gültigen Erkenntnisse.»

Wenn man sich mit ihm befasst, entsteht ein Dilemma, das beim Studium der Gedanken der anderen preussisch-deutschen Militärreformer weniger auftritt: Man kann seine Gedanken nur entschlüsseln und verstehen, wenn man sein Werk zu durchdringen und für die Verhältnisse in unserer Zeit zu übersetzen vermag. Das ist schwierig und intellektuell anspruchsvoll. In unserer Zeit moralisch grundierten Inselwissens über militärische Sachverhalte und Entwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart sind nur wenige deutsche Politiker, Diplomaten, Soldaten und Intellektuelle hierzu in der Lage. Der schmählich verlorene Zweite Weltkrieg, die Verstrickung vieler Deutscher in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und das Ringen um ihre Erklärung haben noch immer zur Folge, dass in Deutschland bei Fragen um Krieg und Militär reflexartig ethische und moralische Nebelschwaden aufwallen, die all zu oft die Fähigkeit und Bereitschaft lähmen, sich mit Streitkräften und ihrem Rang als Mittel der Politik sachlich auseinanderzusetzen. Dieses irrationale Phänomen berührt auch das Werk von Clausewitz im heutigen Deutschland, das, wie gezeigt, in der Führungsschicht meistens nur in seine Axiome falsch deutenden Bruchstücken bekannt ist. Eine solche moralisch-ethisch durchtränkte Annäherung an sein Werk unter dem Schatten des Zweiten Weltkrieges verstellt den Blick für seine zeitlos gültigen Erkenntnisse, in denen der Sieg von Streitkräften nur ein Mittel ist, den endgültigen Zweck der Strategie zu erreichen, den Frieden. In einem Einsatz von heute wäre die Befriedung eines Einsatzgebietes und sein erfolgreicher politischer und wirtschaftlicher Aufbau ein solcher clausewitz'scher Sieg.

Heutige deutsche Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere gehen mit dem Erbe der preussischen Militärreformen richtig um, wenn sie daran mitarbeiten, dass Clausewitz in der Lehre der Führungsakademie der Bundeswehr, an der Bundesicherheitsakademie und dort, wo Einsätze der Bundeswehr geplant und geführt werden, den Rang erhält, den er in vielen Streitkräften der Verbündeten erlangt hat. Aus den aufgezeigten Gründen liegt vor ihnen dabei ein dornenreicher Weg. Wenn er jedoch weiterhin nicht beschritten wird, können heutige deutsche Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere mit ihren verbündeten Kameraden auf einem wichtigen Feld kaum noch auf gleicher intellektueller Augenhöhe professionell kommunizieren und ein gewichtiges Erbstück der deutschen Militärkultur läge weiterhin brach.

[4] Vgl. Towards a Grand Strategy for an Uncertain World – Renewing Transatlantic Partnership, in: World security Network reporting from Munich, Germany, January 16, 2008.

[6] Unter Federführung des früheren Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General Klaus Naumann (im Bild links, mit dem russischen Generalleutnant Zavarzin 1998), legte diese im Frühjahr 2008 ein Konzept vor, das eine Gesamtstrategie der an einem Konflikt beteiligten Staaten und Gremien vorsieht. Official NATO Photo.